

Gratis + mobil er...

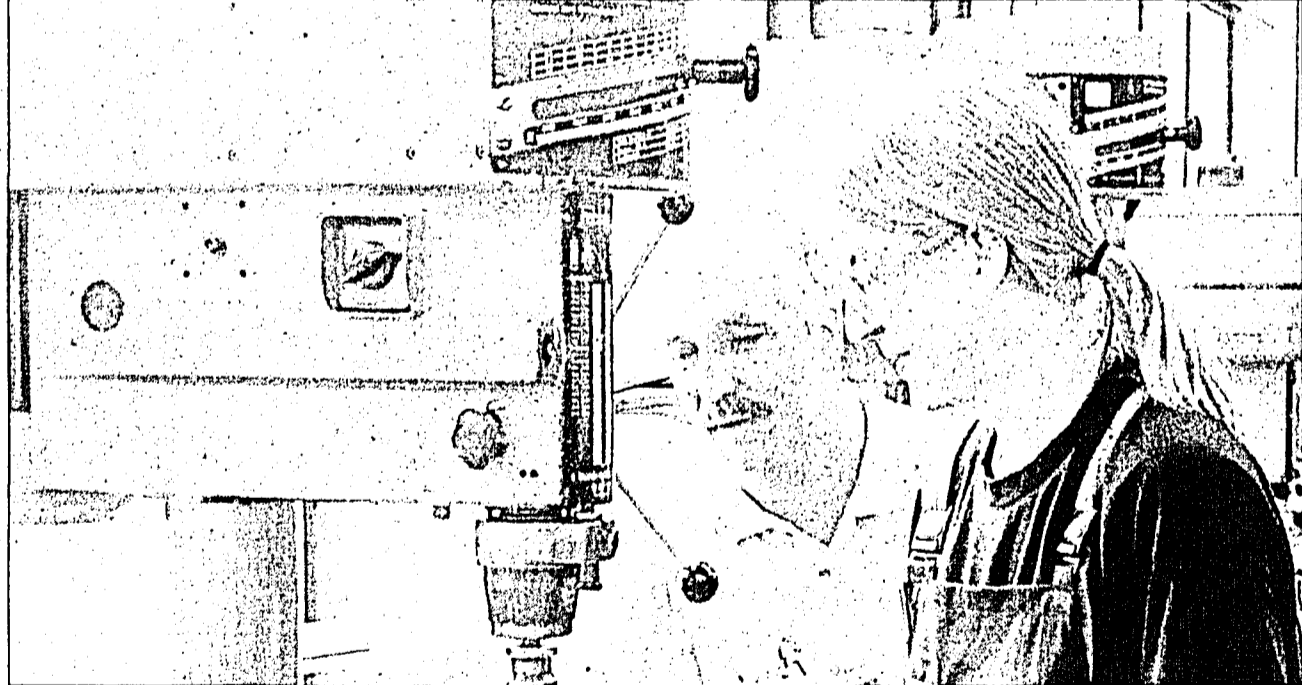
Keine Roaming-Gebühren innerhalb der Schweiz.

FL1 versteht sich von selbst.
FL1
 mobilkom
 [liechtenstein]

Roam-in-Swiss von FL1 – die ideale Ergänzung für alle mobilen Vieltelefonierer in der Schweiz.
 Passives Roaming-Angebot kostenlos. Schließen Sie Ihr privates Tarif-Paket für die Schweiz: passives Roaming für Rufnach-
 benden entfällt und die Gebühren für Anrufer* sind spürbar günstiger! Nur bei FL1, dem Liechtensteiner Netz – für Liechtenstein.
 Anmeldungen für Roam-in-Swiss im Vaduzer Mobilkom-Shop, Städtlemarkt, Aulestrasse 20, FL 9490 Vaduz. Hotline: +423 79 79 000.
 *inkl. MwSt. www.mobilkom.li
 CHF 7.– pro Monat im FUN und XCITE-Tarif.

Anzeige

GRÜNDE FÜR EIN NEIN ZUR LEHRSTELLEN-INITIATIVE



Die traditionelle Meisterlehre (hier eine junge Polymechanikerin mit ihrem Betreuer) sorgt für ein hohes Niveau der schweizerischen Berufsbildung. Wer dieses System in Frage stellt, handelt fahrlässig. Bild: zvg

Leerstellen statt Lehrstellen?

Am kommenden 18. Mai werden Volk und Stände über die Lehrstellen-Initiative der Gewerkschaftsjugend (LIPA) entscheiden. Ein klares NEIN wäre sehr wichtig, denn das Volksbegehren ist teuer, unsinnig und gefährlich

Von Nationalrat Dr. Pierre Triponez, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes



Ohne eine einzige Gegenstimme haben im letzten Dezember sowohl der Ständerat (44 : 0 Stimmen) wie auch der Nationalrat (171 : 0 Stimmen) das neue Berufsbildungsgesetz verabschiedet. Trotzdem werden wir über diese destruktive Volksinitiative ab-

zustimmen haben. Das neue Berufsbildungsgesetz baut auf den langjährigen Erfahrungen unseres bewährten Systems. Dieses genießt weltweit Anerkennung und wird vielerorts kopiert. In der Schweiz absolvieren nahezu 70 Prozent aller Schulabgänger eine Berufslehre in einem Lehrbetrieb. Dieses System, welches aus einer praktischen Ausbildung in einem Betrieb und einem schulischen Teil besteht, ermöglicht den Jugendlichen einen frühzeitigen Eintritt in die reale Arbeitswelt. Es ist denn auch festzustellen, dass die Integration unserer Jugend in die Arbeitswelt in der Regel optimal erfolgt.

Untauglich und praxisfremd

Die Lehrstellen-Initiative der Gewerkschaftsjugend will die bewährte freiwillige Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat durch ein völlig neues System ersetzen. Mit der LIPA soll ein staatlich garantiertes, einklagbares «Recht auf eine ausreichende berufliche Ausbildung» gewährleistet werden; von Pflichten der Jugendlichen ist dabei keine Rede. Hingegen müssten Schulabgänger von Staates wegen mittels entsprechenden Angeboten geschützt werden. Anstelle der bewährten praktischen Ausbildung im echten Betrieb in der Arbeitswelt würden unsere künftigen Berufsleute fernab von der Praxis in staatlichen Ausbildungszentren geschult. Zu diesem Zweck sollen die Arbeitgeber einseitig mit einer «Berufsbildungsabgabe» zur Kasse gebeten werden, von der sie ganz oder teilweise entlastet werden können, wenn sie selber «qualitativ ausreichende» Ausbildungsplätze anbieten können. Damit provoziert diese Initiative einen gefährlichen und irreparablen Bruch mit dem heutigen dualen Berufsbildungssystem unseres Landes.

Verheerende Auswirkungen

Sämtliche Erfahrungen aus dem Ausland belegen, dass eine Verstaatlichung der Berufsausbildung verheerende Auswirkungen für die Jugendlichen hat, weil sich ihre Ausbildung nicht nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und den Beschäftigungsmöglichkeiten der Wirtschaft ausrichtet. Die Integration in die echte Arbeitswelt, wie sie dank der dualen Ausbildung in den Betrieben heute Praxis bezogen erfolgt, würde mit der LIPA empfindlich gestört. Die unbestrittene Qualität der Berufslehre würde massiv verschlechtert. Die Folge davon wären – wie dies anhand ausländischer Beispiele klar aufgezeigt werden kann – eine Ent-

fremdung zwischen Ausbildung und praktischer Arbeit und das Risiko einer dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit.

Unverantwortliche Illusion

Die Initianten wollen uns weismachen, dass allen Jugendlichen ihre Wunschlehrstelle zusteht. Das ist eine unverantwortliche Illusion: Wenn Bund und Kantone ohne Einbezug der Wirtschaft Ausbildungsplätze errichten können, und sich dabei auf die Vorstellungen der Jungen stützt, wird die Gefahr massiv erhöht, dass sie anschliessend keine Arbeit finden. Wenn Bund und Kantone für die Lehrstellen zu sorgen haben, besteht zudem die Gefahr, dass sich die Wirtschaft aus ihrer Verantwortung zieht und immer weniger Lehrstellen anbietet. Die öffentliche Hand müsste mit künstlichen Institutionen Lehrstellen schaffen. Nicht zu leugnen lässt sich die Tatsache, dass die LIPA ein kostspieliges Unterfangen ist. Mit der Schaffung eines gesamtschweizerischen Berufsbildungsfonds müsste nämlich ein riesiger bürokratischer Apparat aufgebaut werden.

NEIN zur Panikmache

im Vorfeld der Abstimmung wird von den LIPA-Initianten eine akute Lehrstellen-Krise heraufbeschworen. Dabei handelt es sich um nichts anderes als eine dem Stimmengang dienende Panikmache. Dazu hat der verantwortliche Bundesrat Joseph Deiss klar gemacht, dass das neue Berufsbildungsgesetz genug Möglichkeiten bietet, um in Krisensituationen korrigierend einzugreifen. Die von ihm eingesetzte Task-Force stützt sich bereits auf die neue gesetzliche Grundlage und leistet effektive Arbeit – dort wo dies sinnvoll ist. Die auf die Schaffung neuer Strukturen ausgerichtete LIPA bietet hingegen absolut keine Lösungen für schnelle Krisenbewältigung.